Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich M., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich M., auf dem Lande M., durch die Post bezogen vierteljährlich M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Inseratenpreis M. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 3-spaltige Korpuszeile M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-gespaltene Korpuszeile M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Angeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 49 — **Sonntag den 26. Februar 1922.** — **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Die Auszahlung der **Notstandsunterstützungen zu den Invaliden-, Alters- und Waisenrenten** auf Grund des Gesetzes v. 7. 12. 21. erfolgt, soweit Antrag gestellt ist **Montag den 27. Februar 1922 vorm. 9—1 Uhr** in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 24. Februar 1922. 2184 **Der Stadtrat.**

Kleinkapitalrentner. Um den Kleinkapitalrentnern den regelmäßigen Erwerb der ihnen zustehenden Brennmaterialien zu erleichtern, beabsichtigen wir, Beihilfen zu gewähren.

Zur Beschaffung von Unterlagen für eine diesbezügliche Vorlage fordern wir diejenigen Einwohner der Stadt, die glauben, auf die Vergünstigung Anspruch erheben zu können, auf, sich **bis zum 4. März 1922** im Verwaltungsgebäude, Zimmer 9, in der Zeit von 11—1 Uhr zu melden. Alle erforderlichen Auskünfte sind zu erteilen.

Wilsdruff, am 24. Februar 1922. 2193 **Der Stadtrat.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Eine Reuternote stellt fest, daß die deutschen Delegierten, die an den Organisationssitzungen des internationalen Syndikats für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilnehmen, an den Arbeiten der Konferenz einen erheblichen Anteil haben.

* Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund protestiert gegen die von der Reparationskommission vorgeschlagene Art der Sachleistungen.

* Peter Grupen, der im Kleppelsdorfer Mordprozeß zum Tode verurteilte, ist aus dem Hirschberger Untersuchungsgefängnis entflohen.

* In der französischen Kammer hielt der Finanzminister eine Rede, in der er Deutschlands Reparationsleistungen als ungenügend bezeichnete.

* Infolge der langen Dauer der Ministerkrise hat die italienische Regierung offiziell eine kurze Verschiebung der Konferenz von Genua beschlossen, was allen eingeladenen Regierungen durch ein Rundschreiben mitgeteilt wurde.

Zwischen Winter und Frühling

Dieser Winter unseres Mißvergnügens wird ja wohl auch einmal zu Ende gehen; besonders empfindsame Naturen wollen bereits in Feld und Wald das Herannahen des Frühlings verspüren, und wenn die Sonne zwischen Wolkenbänken einmal flüchtig hervorblinkt, stellen sie sich so, als hörten sie schon die Lerchen in den Lüften jubilieren. Aber sollte auch die Natur, die unverwüstliche, wie wir gerne hoffen möchten, schon mit der nächsten Monatswende wieder ihre Auferstehung feiern, wir fürchten, die Dinge, mit denen wir uns solange zu plagen hatten, werden auch im kommenden Frühling kein freundlicheres Gesicht annehmen.

Eben erst wieder haben wir, zum Beispiel, eine enorme Brotpreiserhöhung erlitten, und die Milliardenverluste durch den Eisenbahnerstreik, die Produktionshemmungen auf allen Gebieten sind in ihren Wirkungen auf die Lebenshaltung des Volkes kaum schon in die Erscheinung getreten. Aber vom 1. März ab werden die Gütertarife abermals um 30 Prozent erhöht, und wenn nicht alles täuscht, sollen ungefähr zum gleichen Zeitpunkt die Kohlenpreise nun aber auch endgültig den Weltmarktpreisen angenähert werden. Was das bedeuten würde, kann sich heutzutage schon jedes Kind ausmalen, denn seit Jahr und Tag ist ja eine Kohlenpreiserhöhung der anderen auf dem Fuße gefolgt, mit stets gleichen Ergebnissen: einer weiteren Heraufschraubung unseres gesamten Preisstandes. Denn unweigerlich muß sich jede neue Erhöhung der Produktionskosten gemäß dem Grundsatz der Abwälzung auf die gesamte Verbraucherschaft fortsetzen, was dann immer wieder zu Einschränkungen des Absatzes führt und so auch den Produktionsprozeß selbst ins Stocken bringen muß. Nach Gründen für den fortdauernden Rückgang des Markwertes braucht man sich unter solchen Umständen dann nicht weiter umzusehen. Sinkt aber so die Kaufkraft des Geldes immer mehr ins Bodenlose, so müssen alle Festbesoldeten auf ständige Erhöhung ihrer Bezüge Bedacht nehmen, und es kann keine Ruhe geben in den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Beamtenschaft, der Angestellten und schließlich auch der Arbeiterschaft. Sprunghaft geht so der Papiergeldumlauf in die Höhe. Beim besten Willen weiß niemand zu sagen, wie er dem Verlangen unserer Gläubigerstaaten entsprechend zum Stillstand gebracht werden soll. Keine Autorität will mehr halten, kein Widerstand läßt sich behaupten gegenüber Forderungen, deren Berechtigung unter den unglückseligen Zuständen der Gegenwart nicht bestritten werden kann. Man kann allenfalls über die Formen, in denen sie geltend gemacht werden, verschiedener Meinung sein, und die Gemüter erhitzen sich mehr als gut ist über Streikrecht und Arbeitspflicht, über lebenswichtige Betriebe und technische Nothilfe. Ganz gewiß nicht zum Wohl der Gesamtheit, die unter diesen fortgesetzten Stößen und Stürmen zu erliegen droht.

Unsere einzige Hoffnung ist auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gesetzt. Das große Hilfswerk, zu dem sich alle Schichten der Landwirtschaft zusammengeschlossen haben, ist ausschließlich auf die eigene Kraft gestellt und verspricht Erfolg, wenn nicht die freie Entfaltung der Bearbeiter unseres Bodens durch „Haß der Städte" über Gebühr verhindert wird. Die Aufhebung auch des letzten Restes der Zwangswirtschaft für unsere Getreideversorgung ist den Landwirten im vorigen Jahre in Aussicht gestellt worden, und wenn es allein nach dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes gehen könnte, würde wohl auch mit der Einlösung dieses Versprechens bestimmt zu rechnen sein. Aber man weiß, daß Dr. Hermes nicht überall Anerkennung findet. Hier wird es noch neue schwere Kämpfe geben, deren Ausgang vielleicht von der endgültigen Lösung der großen Koalitionsfrage mit abhängen wird. Aber auch in den industriellen Betrieben kündigen sich an allen Ecken und Enden schwere Erschütterungen an. Bisher ist es im großen und ganzen den staatlichen Gewalten noch gelungen, den Wirtschaftsfrieden mühsam genug aufrechtzuerhalten. Aber je mehr sich mit diesen Arbeitskämpfen politische Treibereien verbinden, desto schlimmer werden die Dinge.

Und unsere Erfüllungspolitik gegenüber der Entente, wie lange wird sie noch zu halten sein? Herr Rathenau müht sich ab in großen Projekten, um den Weg für Genua zu ebnen. Unterdessen steigen in Frankreich die chauvinistischen Fluten und drohen alle Brücken wegzuspülen, die vorsorgliche Hände für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft herzustellen bemüht waren. Auch das sind schlechte Frühlingsaussichten. Wir dürfen es nicht leugnen, nur unentwegte Optimisten werden bei solcher Weltlage ihre Hoffnungen über diesen Winter hinweg behaupten können.

Deutscher Reichstag.

(177. Sitzung.) CB. Berlin, 24. Februar.

Zur Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato gab zum Schluß der gestrigen Sitzung auf verschiedene Anfragen und Proteste Reichsjustizminister Dr. Radbruch die Auskunft, daß das Deutsche Reich verpflichtet sei, zur peinlichsten Beobachtung seiner vertraglichen Verpflichtungen, besonders in dem Augenblick, wo es im Begriff steht, aus einer ähnlichen Rechtslage gleiche Konsequenzen zu ziehen, wie sie von Spanien uns gegenüber jetzt gezogen sind, nämlich in der Frage der Auslieferung der Erzberger-Mörder.

In der heutigen Sitzung wurde nach Erledigung einiger kurzen Anfragen, und nachdem man das Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten dem Bevölkerungsausschuß überwiesen hatte, die zweite Lesung des fünften Nachtragsetats fortgesetzt.

Abg. Steinkopf (Soz.) erklärte, die in diesem Nachtragsetat vorgesehene

Wirtschaftsbeihilfe für alle Reichsbeamten

gehe zu weit. Er beantragte die Wirtschaftsbeihilfe nur bei einem Grundgehalt bis zu 44 000 Mark zu gewähren.

Abg. Schmidt-Stettin (Deutschnat.) widersprach diesem Antrage und bemerkte, mit Ende März müsse die Beihilfe wegfallen. Am 1. April habe eine neue Gehaltsordnung einzutreten.

Abg. Morath (Deutsche Vp.) führte aus, wir können der Vorlage nur zustimmen, wenn eine Neuregelung der Grundgehälter eintritt. Wir bedauern, daß nicht auch den Ruhegehalts- und Wartegeldempfängern und den Hinterbliebenen die Wirtschaftsbeihilfe, die nur ein Provisorium bleiben darf, gegeben wird.

Abg. Delius (Demokrat) stellte fest, daß seine Parteifreunde dieser Vorlage zustimmen und den sozialdemokratischen Antrag auf Begrenzung der Beihilfe ablehnen.

Abg. Bräunig (U.-Soz.) trat für den sozialdemokratischen Antrag ein.

Abg. Allekotte (Zentrum) sprach gegen die Begrenzung der Wirtschaftsbeihilfe.

Nachdem noch ein Regierungsvertreter die Bereitwilligkeit der Regierung erklärt hatte, im Einverständnis mit dem Reichstage die Neuordnung der Beamtenbesoldung alsbald herbeizuführen, wurde in die Einzelberatung eingetreten.

Abg. Hertz (U.-Soz.) bekämpfte die Beihilfe für Maisverteilung. Diese Beihilfe sei um so bedauerlicher, als die Regierung den Zuschuß für Brotgetreide abbaue und damit eine wesentliche Steigerung der Brotpreise verursache.

Abg. Schiele (Deutschnat.) bezeichnete die Schreibereien gegen die Maiseinfuhr als Schwindel. Die Landwirtschaft habe keinen Anlaß, Mais zu Brennereizwecken zu verwenden.

Der Antrag Hertz, die Beihilfe für Maisbeschaffung zu streichen, wurde abgelehnt. Der Nachtragsetat wurde bewilligt, der sozialdemokratische Antrag auf Begrenzung der Wirtschaftsbeihilfe wurde abgelehnt. Dann wurde der Nachtragsetat auch in dritter Lesung genehmigt.

Das Gesetz zur Abänderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht wurde an den 10. Ausschuß verwiesen. Nunmehr kam man zur Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums. Seitens der Kommunisten war die Forderung erhoben, einen Antrag auf Rückgängigmachung der Auslieferung der

Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato

mit zu beraten. Dieser Forderung wurde von dem Abg. Dr. Kahl (Deutsche Vp.) widersprochen. Es entstand großer Lärm bei den Kommunisten.

Abg. Dr. Bell (Zentrum) betonte, die Auslieferung der Mörder Datos ist einwandsfrei, es handelt sich um Anwendung bestehender Verträge. Weiter befürwortete der Redner eine Novelle zum Strafgesetzbuch, durch die ein erhöhter Ehrenschutz ermöglicht wird.

Der Reichsjustizminister über die Rechtspflege.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch bemerkte, hinsichtlich des Ehescheidungsverfahrens werde eine baldige Aussprache herbeigeführt werden. Dabei werden alle Gründe vorgebracht werden. Zahlreiche strafgerichtliche Urteile lassen eine bedauerliche Verständnislosigkeit der Richter für die jetzigen staatlichen und sozialen Verhältnisse erkennen. Der Richter hat nicht den Wortlaut des Gesetzes allein zu beachten, nein, der Geist ist die Hauptsache. Das Recht ist nach dem Wortlaut das gleiche geblieben, es hat aber dem Staate zu dienen und dessen Grundlagen sind andere geworden. Und wer dem Gedanken des sozialen Volksstaates fremd oder gar feindlich gegenübersteht, vermag das Recht nur so auszulegen, wie etwa der Teufel die Bibel. Deshalb habe ich die Gründung des republikanischen Richterbundes gebilligt und es bedauert, daß ein solcher Bund überhaupt notwendig ist, daß nicht die gesamte Richterschaft ein einziger republikanischer Richterbund ist. Wir fordern von unseren Richtern nicht, daß sie Gesinnungsrepublikaner sind, wohl aber müssen wir verlangen, daß sie Vernunftsrepublikaner sind. Die Richterschaft muß sich klar machen, daß es sich bei dem tiefen

Mißtrauen des Volkes in die Rechtspflege

nicht etwa um eine Pressemache handelt, sondern man kann dieses Mißtrauen gar nicht ernst genug nehmen, auch wenn man es für unberechtigt hält, muß man es als schwerwiegende Tatsache anerkennen. Es handelt sich hier um den Aufschrei der in ihrem Gerechtigkeitsgefühl mißhandelten Volksseele. Sodann erklärte der Minister, es ist eine Zeitungsfabel, daß ich auf dem Görlitzer Parteitage für die Absetzbarkeit der Richter eingetreten sei, eine Zeitungsfabel ist es auch, daß ein entsprechender Beschluß gefaßt sei. Ein solcher Antrag ist vielmehr mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden. Weiter ging der Minister auf die Reform des juristischen Studiums ein. Wir müssen zu Arbeitsgerichten kommen, die den Amtsgerichten und den weiteren Instanzen anzugliedern wären. Zum Schluß erklärte der Minister, ich halte eine neue Amnestie für unumgänglich.

Abg. Brotauf (Demokrat) bedauerte die Gründung des republikanischen Richterbundes, die aber notwendig gewesen sei. Die Gründung dieses Bundes sei wegen des Mißtrauens breiter Volkskreise gegen die bestehende Justiz erforderlich gewesen. Gegenüber Angriffen auf die Staatsautorität von links funktioniert die Justiz, bei Angriffen von rechts stockt aber das Räderwerk. Selbst der Reichspräsident ist auf den Weg der Privatklage gewiesen worden. Weiter ging er auf das Verfahren gegen die Schuldigen des Kapp-Putsches ein, und dann erwähnte er ein den Mitgliedern des Reichstages zugegangenes Rechtsgutachten eines Juristen höherer Stellung, worin gesagt wird, daß die Feststellungen im Erzberger-Helfferich-Prozeß fast Punkt für Punkt mindestens recht fahrlässig gewesen seien. Dieses Urteil des Landgerichtes Berlin sei an dem Erzberger-Mord mitschuldig. Endlich am Schlusse erklärte der Redner, wir fordern die Zulassung der Frau auch zum Richterberufe. Ferner sind wir für eine baldige Reform des Ehescheidungsrechts. Die Auslieferung der Mörder Datos war gerechtfertigt.

Abg. Herzfeld (Komm.) beschäftigte sich vor allem mit der Auslieferung der Spanier. Er bekämpfte die gestrigen Ausführungen des Reichsjustizministers und erklärte, Deutschland sei zum Mittel der monarchistischen Spanier geworden.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch ergriff nochmals das Wort, um die Auslieferung der des Mordes an dem Ministerpräsidenten Dato beschuldigten beiden Spanier zu rechtfertigen. Gegenteilige Ausführungen der Vorredner erklärte er für unbegründet.

Peter Grupen entflohen!

Des Kleppelsdorfer Doppelmörders neueste Tat.

Hirschberg, 24. Februar.

Peter Grupen, der wegen Doppelmordes zum Tode verurteilte „Held" der berühmt gewordenen Kleppelsdorfer Schloßtragödie, hat, nachdem er lange genug die Öffentlichkeit beschäftigt hat, sich jetzt sozusagen zur Flucht aus der Öffentlichkeit entschlossen und seinem an Sensationen so reichen Lebensroman ein besonders sensationelles neues Kapitel angefügt. Daß es schon das Schlußkapitel sei, wird man nicht zu behaupten wagen; es stehen in dieser spannenden Kriminalgeschichte vielleicht noch mancherlei überraschende Wendungen bevor.

Da Grupen vor kurzem einen Selbstmordversuch gemacht hatte, war er mit zwei anderen Gefangenen zusammengebracht worden. Die neue Zelle befand sich im zweiten Stock des Untersuchungsgefängnisses.

Von hier aus ist er nun in der vorigen Nacht ausgebrochen. Er hatte das Fenstergitter mit seinen Sägen durchschnitten und sich an einem Strohseil hin-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF